

P. B. Nr. 29

dodis.ch/34246

Albert Huber an Max Petitpierre, 18. Juni 1958

DIE SCHWEIZ IN DER DEBATTE DES BUNDESTAGS

Seit Wochen führt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) eine heftige Kampagne gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Sie hofft, mit ihrer Aktion «Kampf dem Atomtod» endlich die Parole gefunden zu haben, um Adenauers Position bei den Massen entscheidend zu schwächen. Die Frage wurde erst recht zum heissen Eisen, als die sozialistisch regierten Bundesländer daran gingen, Volksbefragungen darüber vorzubereiten, ob die deutsche Bundeswehr atomar ausgerüstet werden soll. Diese sozialdemokratische Kampagne scheint mir ihren Kulminationspunkt überschritten zu haben. Die öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen haben bei den Massen bedeutend an Zugkraft verloren. Dazu kommt als weiterer Rückschlag, dass die Vorbereitungen der Volksbefragung eingestellt werden mussten kraft einer einstweiligen Verfügung des Bundesverfassungsgerichts, welche bis zur Entscheidung der Rechtsfrage die Veranstaltung von Volksbefragungen verbot.

Bei dieser Sachlage, wo den sozialistischen Politikern die Felle wegzuschwimmen drohen, war es für sie ein besonderer Schlag, als die prominentesten Schweizer Sozialdemokraten davor warnten, durch einen neuen Artikel unserer Bundesverfassung die atomare Bewaffnung der schweizerischen Armee zu verbieten. Das Echo in Deutschland war – wie zu erwarten – höchst geteilt: Helles Lob bei den Regierungsparteien, lauter Tadel bei der Opposition!

Damit kam die Stellungnahme der schweizerischen Sozialdemokratie in die Schusslinie der deutschen Innenpolitik und es ist nicht verwunderlich, dass sie ein parlamentarisches Nachspiel im Bundestag erlebte. Als dieser am 13. Juni über das Gesetz einer Volksbefragung zur atomaren Ausrüstung der deutschen Bundeswehr beriet, kam es nicht nur zu heftigen Worten, sondern zu turbulenten Lärmszenen. Schliesslich verliess sogar die sozialdemokratische Fraktion unter Protest vorübergehend den Plenarsaal. In dieser gespannten Atmosphäre brachte der Koalitionsabgeordnete Euler³²⁰ die Stellungnahme der schweizerischen Sozialdemokratie zur

320 August Martin Euler * 9.5.1908 Kassel, † 4.2.1966 Brüssel; Rechtsanwalt, 1958–1966

atomaren Bewaffnung der schweizerischen Armee zur Sprache und bemerkte, die Regierungskoalition könne diese Erklärungen Wort für Wort unterschreiben. Dies wiederum rief den sozialistischen Abgeordneten Mommer³²¹ auf den Plan, der – sich allmählich ereifernd – schliesslich in ausfälligen Worten erklärte, die guten schweizerischen Ratschläge seien seit langem «ein leidiges Kapitel». Die Schweizer Stimmen, die das Lob der helvetischen Neutralität singen, Deutschland indessen auch nicht um den Preis der Wiedervereinigung und der Entspannung die Neutralität zugestehen wollten, seien für die SPD «unappetitlich». Ich verweise auf das beiliegende Sitzungsprotokoll.

Zweifellos sind Mommers Äusserungen eine üble rhetorische Entgleisung, besonders weil sie von einem Abgeordneten und im Plenarsaal fielen. Sollen wir aber darauf reagieren? Ich würde abraten. Betrachten wir die Sache als das, was sie in erster Linie ist – ein Hausstreit unter Sozialdemokraten. Alle offiziellen Stellen unseres Landes haben sich stets und strikte gegenüber der Bundesrepublik jeder Empfehlung in der Neutralitätsfrage enthalten. Wir tun gut daran, auch in diesem Fall von dieser Linie nicht abzugehen. Den hiesigen Regierungskreisen wäre eine schweizerische Beschwerde nicht unwillkommen, weil sie Stoff zu Kritik an der Opposition liefern würde. Doch damit würde nur weiteres Öl ins Feuer gegossen und die Ansätze zu schweizerisch-deutschen Spannungen unnötig verschärft.

Man könnte sich allenfalls fragen, ob wir nicht einige unserer Journalisten animieren sollten, in einem Artikel den scheinbaren Widerspruch zu erklären, dass die Schweiz für sich die Neutralität hochhält, sie aber auf Grund vielfacher Unterschiede der rechtlichen und faktischen Lage nicht indiziert hält für die Bundesrepublik.